

Sekretariat
Fridbachweg 11
6300 Zug
zg@grunliberale.ch
www.zg.grunliberale.ch

Medienmitteilung - Eine Abstimmung für das Klima, die Umwelt und die Rechtsstaatlichkeit

Datum	17. Mai 2021
Thema	Die GLP Kanton Zug fassen die Parolen für die Abstimmung vom 13. Juni 2021
Rückfragen	Tabea Estermann, Co-Präsidentin GLP Kanton Zug, 079 583 57 55

Am 13. Juni 2021 stehen wieder einige Vorlagen auf dem Wahlzettel. Nach fast drei Stunden Gastvorträgen und engagierter Diskussion steht fest: die Mitgliederversammlung der Zuger Grünliberalen sagt klar Ja zum Co2 Gesetz und der Trinkwasserinitiative. Weiter lehnt die Mitgliederversammlung das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab, wenn auch nicht ganz so deutlich.

Als Gastreferentin stellte die Initiantin Franziska Herren in Begleitung von einem Bio Bauer die Trinkwasserinitiative vor. In der angeregten Diskussion danach sind sich die Mitglieder einig: Die Vorlage ist durch und durch grünliberal: Die Trinkwasserinitiative begegnet ökologischen Problemen (Pestizidbelastung und Überdüngung) mit liberalen Anreizen (über das Direktzahlungssystem). Konkret sollen in Zukunft Überdüngung, Pestizide und prophylaktischer Antibiotikaeinsatz nicht mehr durch den Steuerzahler subventioniert werden. Es sei nicht das Ziel, „Bauern Bashing“ zu betreiben, aber der Handlungsbedarf in der Landwirtschaft ist gross und dringend. Neben ökonomischen Fehlanreizen gibt es enorme ökologische Probleme. Daher fasst die Mitgliederversammlung klar die Ja-Parole zur Trinkwasserinitiative.

Weniger Diskussionsbedarf und aber ebenfalls eine klare Ja-Parole fassten die Grünliberalen Zug für das CO2-Gesetz. Die Schweiz muss beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Das Gesetz ermöglicht einen wichtigen Schritt vorwärts beim Klimaschutz. Dadurch werden Wirtschaft und Gewerbe gestärkt und faire Anreize gesetzt, indem ein Grossteil der Abgaben auf CO2-Ausstossan die Bevölkerung zurückfliesst.

Zuletzt führte Gastreferent Tobias Vögeli, Co-Präsident der Jungen Grünliberalen Schweiz die Mitglieder in das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ein. Mit diesem sollen terroristische Angriffe auf unsere liberalen Werte und den Rechtsstaat verhindert werden. „In Realität werden diese liberalen Werte und der Rechtsstaat mit diesem verunglückten Gesetz demontiert“, so Tobias. Schwammige Formulierungen öffnen die Tür für Fehler und Willkür. Die Unschuldsvermutung wird abgeschafft und die Gewaltenteilung verletzt, weil Massnahmen ohne Beweise von der Polizei angeordnet werden können. Nach einer angeregten Diskussion fassten die Mitglieder an der Versammlung die Nein-Parole.

Für die beiden weitere Vorlagen vom 13. Juni 2021, hat der Vorstand der Grünliberalen Zug die Parolen bereits im März gefasst. Für das Covid Gesetz gibt es eine ganz klare Zustimmung. Die Pestizidinitiative wurde kontrovers diskutiert, doch schlussendlich war sich der Vorstand einig. Die Initiative verfolgt die richtigen und sehr wichtigen ökologischen Ziele. Zeitgleich kommt mit der Trinkwasserinitiative aber eine zielführendere Initiative vors Volk, die auf liberale Anreize statt Verbote und Protektionismus setzt. Entsprechend beschlossen der Vorstand der Grünliberalen die Ablehnung der Pestizidinitiative und einen klaren Fokus auf die Trinkwasserinitiative.

Tabea Estermann
Co-Präsidentin GLP Kanton Zug